

Von der Postdemokratie zur Postsolidarität

VON ULRICH BRINKMANN

Die Phase nach dem 2. Weltkrieg war weitgehend von der Überzeugung geprägt, dass sich gleiche Chancen und umfassende Bürgerrechte immer weiter ausdehnen werden. Crouch nennt diese geschichtliche Epoche nicht ohne Grund den „Augenblick der Demokratie“, der bis Mitte der 1970er Jahre anhält. Dann setzt jener postdemokratische Umbruch ein, den wir heute als neoliberale Wende diskutieren: Die schleichende Aushöhlung demokratischer Prozesse durch eine Verlagerung der Entscheidungsorte auf „Experten-Gremien“ sowie eine unzweideutige Orientierung an neoliberalen Prinzipien wie Austerität, Deregulierung und Privatisierung. Tatsächlich lässt sie sich in ganz unterschiedlichen Zusammenhängen nachweisen. Zwei seien hier herausgegriffen.

Der Fall Griechenland

Demokratische Defizite werden der EU zwar schon seit Jahrzehnten attestiert, spätestens mit der Gründung der Troika (später „Institutionen“, bzw. „Quadriga“) kann man jedoch mit Fug und Recht behaupten, dass die EU in ihre postdemokratische Phase eingetreten ist. Dabei ist es nicht – wie oft behauptet – der Euro an sich, der diese Entwicklung forcierte. Selbst die Deutsche Bundesbank, in deren Schriften der Begriff „Solidarität“ in der Regel nicht zu finden ist, schrieb in einer Stellungnahme zur Errichtung einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion im September 1990: „Letzten Endes ist eine Währungsunion damit eine nicht mehr kündbare Solidargemeinschaft, die nach aller Erfahrung für ihren dauerhaften Bestand eine weitgehende Bindung in Form einer umfassenden politischen Union benötigt.“ Und tatsächlich war ein verhältnismäßig großer Anteil des EU-Etats in den vergangenen Dekaden für die Entwicklung strukturschwacher Regionen reserviert – eine Umverteilung, die auch Ausdruck eines solidarisch-egalitären Grundverständnisses ist. Es ist also nicht die Währung, sondern die eingeschlagene Wirtschaftspolitik, die den Wendepunkt markiert. Was bedeutet dies im Fall von Griechenland?

Private Banken (vor allem deutsche, französische, aber auch griechische) hatten über Jahre hindurch die Regierungen in Athen mit vergleichsweise billigen Krediten versorgt und davon immens profitiert. Im Gefolge der Finanzkrise wurden diese dann von der plötzlichen Zahlungsunfähigkeit des griechischen Staates „überrascht“. Wo war da der ökonomische Sachverstand im Bankensektor, möchte man fragen. Dies ist keine rhetorische Frage, denn den Banken war frühzeitig klar: Angela Merkel, Wolfgang

Schäuble und in ihrem Gefolge die europäischen Staats- und Regierungschefs konnten sich aufgrund der öffentlichen Empörung nach der Krise 2008/2009 keine zweite staatliche Schuldenübernahme („Rettingsschirm“) für die Banken erlauben. Statt eines Schuldenschnitts und Neuanfangs für Griechenland wählten sie den Umweg einer Kreditrückzahlung mit den Geldern der „Rettingsschirme für Griechenland“. Wie clever dieses Vorgehen ist, offenbart sich erst im Nachhinein. Aus der politischen Bürde des skandalösen ersten Bailouts wurde gleich das Druckmittel für den nächsten: Letztlich zahlt wiederum die Öffentlichkeit für private Spekulationsrisiken, dieses Mal allerdings nicht mit der angeblichen Systemrelevanz der Banken kaschiert, sondern mit der „Sorge um den Zusammenhalt“ in Europa und zur „Retting Griechenland“, garniert mit einer gehörigen Portion Nationalismus. Festzuhalten bleibt: Der mit Abstand größte Teil des dritten „Rettingsschirms für Griechenland“ in Höhe von 85 Mrd. Euro ist tatsächlich ein Rettingsschirm für die privaten Geldgeber, das ihrer Rekapitalisierung und der Refinanzierung jener alten Kredite dient. Im griechischen Haushalt ist diese Summe lediglich ein Durchlaufposten. Mit Blick auf Crouchs Argument: Hier bedient die Politik die privaten Partialinteressen einer Kleinminderzahl auf Kosten der Allgemeinheit. Dieser Taschenspielertrick untergräbt nicht nur die europäische Idee einer wachsenden Integration der Staatengemeinschaft, sondern damit auch den ihr innenwohnenden Kern einer Grundsolidarität.

Orchestriert wird dieses Vorgehen vom Expertengremium Troika, das zwar ohne (juristische oder demokratische) Legitimation, dafür aber mit umso mehr Nachdruck in Griechenland eine neoliberale Agenda exekutiert: weitgehende Privatisierungen öffentlichen Eigentums – darunter auch die basale Infrastruktur der öffentlichen Daseinsvorsorge (wie Wasserwerke, Strom- und Gasversorger), Erhöhung der Mehrwertsteuer, Senkung der Pensionen, Kürzung der Mindestlöhne, Perforierung des Kündigungsschutzes, Verkleinerung des öffentlichen Sektors und Zurückdrängung der Tarifautonomie, kurz: eine kontraktive Sparpolitik zu Lasten der Ärmsten und Schwachen.

Prekarisierung von Arbeit

Der enorme Handelsüberschuss Deutschlands und die damit direkt zusammenhängende Exportschwäche vieler anderer EU-Länder hat ihre Ursache nicht zuletzt in einer seit fünfzehn Jahren anhaltenden Politik der Schwächung von Beschäftigtenrechten, der repressiven Um-

gestaltung des Sozialstaates und der Prekarisierung von Arbeit in einem drastisch angewachsenen Niedriglohnssektor. Diese Politik kulminierte in den Reformen des Expertengremiums um Peter Hartz, das durch die rot-grüne Bundesregierung eingesetzt worden war. Diese trugen entscheidend dazu bei, den Faktor Arbeit in Deutschland zu verbilligen, primär auf Kosten der Erwerbslosen, der Alleinerziehenden, der Ärmsten. So sicherte der selbsternannte „Exportweltmeister“ Deutschland seine Stellung durch Dumpingbedingungen am eigenen Arbeitsmarkt ab und setzte damit alle anderen Ökonomen in einer Schmutzkonkurrenz unter Druck.

In einem laufenden Forschungsprojekt haben wir die Ausweitung der prekären Arbeit am Beispiel der Hartz-Reformen in Deutschland untersucht: Ein großer Teil der Leiharbeiter darf in den Einsatzbetrieben weder aktiv noch passiv an den Wahlen zum Betriebsrat teilnehmen. Gleichzeitig gibt es in fast allen Verleihbetrieben ebenfalls keine Betriebsräte, d.h. es entsteht eine gravierende demokratische Partizipations- und Vertretungslücke. In nicht wenigen Fällen konnten wir zudem beobachten, dass sich betriebliche Koalitionen zusammenschließen, die die prekär Beschäftigten als Verhandlungsmasse sehen, deren Einsatzzeiten, Entgelte, Arbeitssicherheit möglichst variabel gehalten werden, um der Stammbesetzung eine größere Sicherheit zu gewährleisten. Eine Kollegin hat dies kürzlich als „Prekaritätsdividende“ (Becker) bezeichnet, die die (noch) Integrierten erhalten. Die Gewerkschaften haben alle Mühe (und scheuen sie zum Glück auch nicht), um dieser betrieblichen Entsolidarisierung bzw. dieser „exklusiven Solidarität“ (Dörre) entgegenzuwirken.

Beide Fälle verdeutlichen: Die mit der Postdemokratisierung verbundene Aushöhlung demokratischer Institutionen und Praxis lässt auch die Solidarität erodieren, auf der die Demokratie stabil stehen muss. Solidarität unter neoliberalen Vorzeichen wird dabei zu einer Fassade, sie wird zur Postsolidarität. So gerät das interdependente Verhältnis von Demokratie und Solidarität in eine Abwärtsspirale, statt sich wechselseitig abzustützen. Offenbar lassen sich Demokratie und auch Solidarität zwar institutionalisieren, sie sind dadurch aber nicht einmal mittelfristig abgesichert. Sie müssen permanent neu errungen und mit Leben gefüllt werden – auch und vor allem gegenüber mächtigen konkurrierenden Interessenlagen. <

Ulrich Brinkmann ist Professor für Soziologie an der Technischen Universität Darmstadt. Von Juli bis September 2015 war er ein Visiting Fellow am IWM.

New Fronts

CONFERENCE REPORT BY KATHERINE NEWMAN



The 9th Annual conference “On Solidarity” focused attention on vexing issues of inequality and the variety of institutions that buffer its worst impacts to support the social welfare of citizens. Scholars from Eastern and Western Europe and from the United States converged on the Institute for Human Sciences for three days in June to explore the dilemmas emerging within families, forums for political participation, and the social policies that are intended to cushion citizens against the excesses of markets. With the hindsight of the past few months in which the growing refugee crisis in Syria has engulfed the European Union, the topic of this 9th gathering has never seemed more relevant.

Claus Offe, a signal voice for the importance of democratic theory in these debates, reminded the conference that the goal for the state should be less a matter of strict equality and more to emphasize what he called a “sufficiency approach.” In his conference keynote address, Offe argued that every member of society should be provided with the minimum means to enable freedom, autonomy and the capacity to participate in the debates that are crucial to a functioning democracy. Devotion to these goals requires accepting a certain level of inequality while focusing attention on the

construction of a floor below which those at the bottom cannot sink. It also trains attention on the need to ensure those at the top are responsive to their obligations, especially taxation. Progressive indirect taxation may be part of the answer, but whatever the policy instruments, preventing the exit of those at the top of the wealth pyramid is critical.

Unfortunately, as Offe reminded the conference, the normative expectations that undergird such a position are far from fully embraced. The poor are routinely the object of suspicion in both the US and Europe, where excessive attention to fraud in social welfare programs and the attempt to tighten rules of eligibility are constant refrains. The flow of migrants into the EU is likely to exacerbate these concerns, with the concomitant danger of segregation from mainstream institutions like the labor market, which only aggravates the problems of inequality besetting advanced economies. Variations within the EU in reactions to the crisis, from extreme right wing xenophobia besetting Hungary, to a more open and sympathetic approach in Germany, where migrant labor would be a welcome antidote to low fertility, will put additional strain on normative precepts that are not fully cemented to begin with.

Generational differences in pov-

in Modern Inequality



Photo: uranow / iStock.com

erty present additional challenges. The oldest citizens, those over 75, have seen rates of hardship decline in the United States and much of Western Europe over the last thirty years. Those exiting the labor market in the 66–74 age group have also benefitted from a history of relatively stable employment and the growth in the value of their property. For all other age groups, the story is reversed. This sets in motion divergent interests and the spectacle of “pulling the ladder up” behind the more fortunate generations who are, as well, more powerful from an electoral point of view.

From the post-war period until the present, these trends have been building while the welfare state has scrambled to adapt. In the decades that followed on the heels of WWII, social justice and the development of a strong safety net was embraced as a cross national imperative in Europe and, in the form of the War on Poverty, the GI Bill of Rights, and the development of Medicare and Medicaid, in the US as well. After 1973, the galloping growth of inequality and the oil shocks that rocked the international markets, put these systems under economic strain on both sides of the Atlantic and under political assault in the US. It took another decade for those strains to surface in the UK. In Germany and

France, as well as elsewhere in the EU, a stronger social compact ensures redistribution through tax and wage systems that guaranteed the social peace.

The discord that surrounded American politics in the Nixon era and beyond, and in the UK, the Thatcher revolution, has spread to inter-state critiques of social spending as cushions to weak labor markets in the EU of the 2010s. The divide that sets Germany and the other rich states of the EU against the poorer periphery nations (Greece, Portugal, and increasingly Spain) has grown into a crisis that threatens everything from the banking system to the institutions of governance.

Against this troubling backdrop, the conference considered the impact these trends have had on institutions a little closer to the ground. **Frank Furstenberg** and **Kathleen Gerson** focused attention on the family. They highlighted dramatic changes in the fortunes of generations that have, in turn, put pressures on the private realm visible in forms of “doubling up” (multi-generational households), the slowing of household formation through marriage or cohabitation, declining fertility, and the consequent aging of American and European societies. Yet the macro level inequalities that were at the heart of the conference

surface at the micro- or household level in the form of privileges that can be passed down through families or become entirely off limits among poor and working class households that lack the resources (from financial to cultural) to foster the mobility of youth.

Brigitte Aulenbacher and **Mike Hout** looked at how employment and wage growth reflects growing inequalities by gender and education. Aulenbacher’s emphasis on the role of critical theory leads her to emphasize the discounting of care work and the unpaid labor of women in advanced postindustrial societies. Hout reminded the conference that advantages are increasingly accruing to those at the very highest end of the education spectrum (Master’s degrees and beyond), while leaving those not only at the bottom (school drop outs) but even those with high school diplomas in the dust as higher education becomes more ubiquitous.

Henry Brady and **Ivan Krastev** looked carefully at political participation in the West and the East. Brady noted the substantial inequality in political participation by both socio-economic status and by age in the United States, and he argued that this decreases the legitimacy of the political system—thus leaving it open to the kind of politics that has become increasingly apparent in the last six months of the current U.S. Presidential race. Krastev focused on crises of legitimacy and made it clear that public confidence in Eastern Europe in the promise of democratic institutions is waning in the face of corruption and the apparent inability of government to deliver on economic stability. The wave of protest movements from Occupy Wall Street to street battles in Eastern Europe and North Africa, have laid bare a rising distrust of democratic institutions and open suspicion of the market and the state.

Finally, the focus on social policy in the US and Europe made it clear that the cushioning of free markets by instruments of redistribution and social protection is wearing thin. **Jonas Pontusson** and **Katherine Newman** examined the ways in which public support for the welfare state itself is under assault and the fault lines that expose those at the bottom to weaker protections while protecting to a greater degree through systems of insurance, workers and retirees, is opening up new fronts in modern inequality.

The Conference continues to play a critical role in sustaining dialogue across distant points in the academic and policy communities. <

Katherine Newman is provost and senior vice chancellor for academic affairs at the University of Massachusetts Amherst. She previously served as a Professor of Sociology at Johns Hopkins University.



Photo: Michael Jule

Conference On Solidarity IX: The Issue of Distribution June 11–13, 2015, IWM / Albert Schweitzer Haus, Vienna

Program

June 11, 2015

Welcome and Introduction:

János Mátys Kovács

Keynote Speech:

Claus Offe

Varieties of Inequality:

What Can Be Done About Them and Why it Must Be Done

Video on: www.iwm.at/video

June 12, 2015

Session I: The Family

Introduction:

Frank F. Furstenberg

Kathleen Gerson

Ivan Krastev (Chair)

Session II: The Market

Introduction:

Brigitte Aulenbacher

Mike Hout

János Mátys Kovács (Chair)

Session III: Citizenship

Introduction:

Henry Brady

Ivan Krastev

Katherine Newman (Chair)

June 13, 2015

Session IV: Social Policy

Introduction:

Katherine Newman

Jonas Pontusson

Claus Offe (Chair)

Participants

Wilfried Altzinger

Associate Professor and Deputy Head, Institute for Money and Finance, Dept. of Economics, Vienna University of Economics and Business

Brigitte Aulenbacher

Professor of Sociological Theory and Social Analysis and Head, Dept. of Theoretical Sociology and Social Analysis, Johannes Kepler University Linz

Henry Brady

Dean, Goldman School of Public Policy; Class of 1941 Monroe Deutsch Professor of Political Science and Public Policy, University of California, Berkeley

Ulrich Brinkmann

Professor of Sociology, Dept. of Sociology, Technische Universität Darmstadt

Georg Fischer

Director, Analysis, Evaluation and External Relations, Directorate General for Employment, Social Affairs and Inclusion, European Commission, Brussels

Frank F. Furstenberg

Zellerbach Family em. Professor of Sociology; Research Associate, Population Studies Center, University of Pennsylvania

Kathleen Gerson

Collegiate Professor of Arts and Science; Professor of Sociology, New York University

Michael Hout

Professor of Sociology, New York University; Co-principal Investigator, General Social Survey (GSS)

János Mátys Kovács

IWM Permanent Fellow; Lecturer, Dept. of Economics, Eötvös Loránd University, Budapest

Ivan Krastev

IWM Permanent Fellow; Chair of the Board, Centre for Liberal Strategies, Sofia

Radosław Markowski

Professor of Political Science; Director, Center for the Study of Democracy, University of Social Sciences and Humanities, Warsaw

Klaus Nellen

IWM Permanent Fellow; Editor, *Transit – Europäische Revue*

Katherine Newman

Provost and Senior Vice Chancellor for Academic Affairs, University of Massachusetts Amherst

Claus Offe

Professor em. of Political Sociology, Hertie School of Governance, Berlin; Professor em. of Political Sociology and Social Politics, Humboldt-University, Berlin; IWM Non-Resident Permanent Fellow

Jonas Pontusson

Professor of Comparative Politics, University of Geneva

Balázs Váradi

Senior Researcher, co-founder and partner, Budapest Institute for Policy Analysis

Joseph Vogl

Professor of Modern German Literature, Cultural and Media Studies, Humboldt University, Berlin; Permanent Visiting Professor, Princeton University

The conference was organized in cooperation with Columbia University and the Social Science Research Council and generously supported by ERSTE Foundation and the Karl-Renner-Institut.